

Biotonne ab 2021

Rat der Stadt Cuxhaven beschließt:

Der bestehende Vertrag mit der Bremerhavener Entsorgungsgesellschaft (BEG) ist fristgerecht ein Jahr vor Ablauf zum 31.12.2020 zu kündigen.

Ab dem Jahr 2021 wird die Einführung einer „Gelben Tonne“-/„Wertstofftonne“ angestrebt. Weiterer Beratungsbedarf besteht über das „Wie“ zur Umsetzung des Abfallwirtschaftskonzeptes, das im Rat diskutiert wurde.

Dazu erklärt Robert Babacé (Mitglied im Ausschuss für Technische Dienste):

Getrenntsammlung von Bio- und Restmüll leistet einen wichtigen Beitrag zu Natur- und Klimaschutz. Doch trotz gesetzlicher Pflicht hinken zahlreiche Städte und Gemeinden hinterher. In jeder fünften Kommune landet Bioabfall nach wie vor in der Restmülltonne. (siehe

Grüne Welle Nr. 3 aus 2016: Grüne: Abfallwirtschaft – Kreislaufwirtschaftsgesetz in Stadt und Landkreis umsetzen – Biotonne auf den Weg bringen – Grüne Stadtratsfraktion mahnte dies bereits im Februar 2015 an).

Seit dem 1. Januar 2015 sind Städte und Gemeinden in Deutschland verpflichtet, ihren Bürgerinnen und Bürgern ein System zur Getrenntsammlung von Bioabfällen aus Haushalten, also von Küchen- und Gartenabfällen, bereitzustellen. Diese Pflicht ist notwendig, damit das wertvolle Biogut flächendeckend gesammelt und verwertet wird und dadurch einen wichtigen Beitrag zum Natur-, Ressourcen- und Klimaschutz leisten kann.

Dieser Verpflichtung ist die Stadt Cuxhaven mit folgender Begründung bislang nicht nachgekommen: § 11 Abs. 1 des Kreislaufwirtschaftsgesetzes (KrWG) sieht vor, dass überlassungspflichtige Bioabfälle (d.h. insbesondere solche aus privaten Haushalten) bereits seit dem 01.01.2015 getrennt zu sammeln sind. Die Stadt Cuxhaven hat bisher trotzdem auf eine getrennte Sammlung verzichtet, da dies aufgrund der besonderen vertraglichen Situation bei der Restabfallentsorgung unwirtschaftlich gewesen wäre.

Mit der Möglichkeit, diese Verträge zum 01.01.2021 neu auszuschreiben, entfällt diese Begründung. Es gibt keine gesetzlich anzuerkennende ausreichende Recht-

fertigung zum weiteren Verzicht auf eine getrennte Sammlung mehr. Die jüngst durchgeführten Restmüllanalysen haben zudem gezeigt, dass bis zu 52% des Restabfalls in der Stadt Cuxhaven aus organischen Materialien bestehen. Dementsprechend gibt es ein erhebliches Potenzial für eine getrennte Sammlung dieser Abfälle. Nachzulesen ist das in der Sitzungsvorlage Nr.: 169/2019).

Die Haushalte der Stadt Cuxhaven werden also ab dem Jahr 2021 verpflichtet sein, ihre Bioabfälle getrennt vom Restabfall in einer Biotonne zu entsorgen, es sei denn, sie können nachweisbar ihre Bioabfälle auf dem eigenen Grundstück verwerten (Eigenkompostierung).

„Wir Grünen der Stadtratsfraktion“, so Robert Babacé (Mitglied im Ausschuss für Technische Dienste) „begrüßen diesen Schritt und befürworten auch das Bestreben hier mit dem Landkreis Cuxhaven eng oder auch gemeinsam zusammenzuarbeiten. Sobald alle notwendigen Vorarbeiten abgeschlossen sind, werden wir uns als Stadtratsfraktion mit der Frage der Verwertungsverfahren für die gesammelten Bioabfälle beschäftigen.“

Grundsätzlich stehen zwei geeignete Verwertungsverfahren (Vergärung oder Kompostierung) zur Verfügung. Allerdings ist zu berücksichtigen, dass eine geordnete Kompostierung von Bioabfällen vor dem Hintergrund der Emissionen mittelfristig nur in eingehausten Anlagen möglich sein wird, was entsprechende Kostensteigerungen bedingen wird. Darüber hinaus hat die Kompostierung gegenüber der Vergärung eine negative Energiebilanz. Ziel des Vergärungsprozesses ist insbesondere die Gewinnung von Methanogas, welches energetisch verwertet werden kann und somit zu einer positive CO₂ Bilanz des Verfahrens führt.



Ab 2021 gibt es die Biotonne – verbindlich für jeden Haushalt. Nur bei eigenem Kompost und auf Antrag gibt es eine Befreiung von der Biotonne.



Robert Babacé
im Stadtrat Cuxhaven
für BÜNDNIS90/
DIE GRÜNEN

Der Kreistag beschloss

Der Landkreis Cuxhaven wird (dem Kreislaufwirtschaftsgesetz folgend) ab 2021 seinen Bioabfall getrennt sammeln. Darüber hinaus hat sich der Kreistag bereits mit der Frage der Bioabfallverwertung befasst: Mit der Stadt Cuxhaven und den Landkreisen Osterholz und Verden verfolgt er die Zielrichtung, ein Projekt für eine hochwertige Bioabfallbehandlung im Rahmen einer gemeinsamen kommunalen Eigenerfüllung zu planen.

Hiermit wird das „grüne Ziel“ bekräftigt, mehrere öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger im Sinne einer hochwertigen Bioabfallverwertung zusammenzuschließen.

Zur Frage der Verwertung des Bioabfalls wird beabsichtigt im Sinne einer sogenannten „Kaskadennutzung“ (eine Vergärung mit anschließender Kompos-

tionierung) zu planen und somit eine Kombination aus energetischer und stofflicher Verwertung zu erzielen. Der Kreistag hat daher mit den Stimmen der Grünen Kreistagsfraktion am 13.11.2019 der Sitzungsvorlage SV 181/2019, die diesen Ansatz verdeutlicht, zugestimmt. Damit tritt das Planungsverfahren in seine zweite Projektphase ein. Und hier soll z.B. die Vorbereitung der Gründung einer gemeinsamen kommunalen Anstalt öffentlichen Rechts als organisatorische und rechtliche Grundlage der interkommunalen Zusammenarbeit erfolgen.

Aus ökologischer Sicht begrüßen wir Grünen die Planungen als einen nachhaltigen Beitrag zur CO₂-Einsparung und zur Verminderung der Restabfallmengen.

Dieser Artikel wurde von Marianne Peus, Kreistagsabgeordnete verfasst.

Die Stadtratsfraktion



Elke Schröder-Roßbach, Robert Barbacé, Elke Just und Bernd Jothe

Sichere Hafen-Städte einigen sich auf ein 4-Punkte-Papier

Zur Erinnerung: Die grüne Stadtratsfraktion hatte sich dafür eingesetzt, dass die Stadt Cuxhaven der Initiative „Seebrücke“ beiträgt. Dies gelang, der Stadtrat stimmte mehrheitlich zu – gegen die Stimmen der AFD und mit Enthaltung der CDU-Fraktion.

In der **Potsdamer Erklärung** fordern die Seebrücke-Städte u. a.: „Als „Städte Sicherer Häfen“ fordern wir von der Bundesregierung und dem Bundesinnenminister die schnellstmögliche Zusage, dass wir aufnahmebereiten Kommunen und Gemeinden die aus Seenot im Mittelmeer geretteten Geflüchteten auch aufnehmen können. Wir fordern die Bundesregierung und den Bundesinnenminister auf, uns „Städte Sicherer Häfen“ bei der

praktischen Aufnahme, der Unterbringung und der Finanzierung zu unterstützen.“

Und nun der Bericht eines Treffens in Rottenburg zum **4-Punkte-Papier** (Pressemittelung der Stadt):

„26 Städte verschiedener Bundesländer waren der Einladung nach Rottenburg am Neckar gefolgt und haben sich als Bündnismitglieder „Städte Sicherer Häfen“ getroffen. Austausch und gegenseitige Unterstützung waren wichtige Ziele für das 1. Arbeitstreffen des Bündnisses, das sich im Frühjahr in Potsdam gegründet hatte. Ergebnis der Tagung ist ein 4-Punkte-Papier, mit dem das Bündnis Erwartungen an die Bundesregierung formuliert. Bundesinnenminister Horst Seehofer hatte den Städten Sicherer Hafen ein Gespräch angeboten, das nun von Vertretern

des Bündnisses wahrgenommen wird. Auf diese vier Positionen hat sich das Bündnis Städte Sicherer Hafen geeinigt:

1. Die Bündnisstädte verstehen sich als humanitäre Wertegemeinschaft mit hoher Kompetenz für die Aufnahme und Integration geflüchteter Menschen und bekräftigen ihr Angebot der zusätzlichen Aufnahme aus humanitären Notlagen im Mittelmeerraum.
2. Die Bündnisstädte fordern die Bundesregierung über die jetzt gefundene ad-hoc-Lösung auf, sich für eine langfristige Lösung zur Sicherung der Aufnahme aus Seenot geretteter Menschen auf europäischer Ebene einzusetzen und dazu jetzt einen eigenen Beitrag zu leisten. Seenotrettung ist kein Verbrechen und braucht sichere Häfen.
3. Die Bündnisstädte fordern die Bundesregierung auf, Transparenz im Verteilungsverfahren zu schaffen und ihnen Möglichkeiten aufzuzeigen, ihr Angebot umzusetzen. Die kommunale Aufnahme und erfolgreiche Integration braucht eine auskömmliche finanzielle und organisatorische Unterstützung.
4. Die Bündnisstädte intensivieren die erfolgreiche Bündnisarbeit und vernetzen sich stärker auf Landesebene und über die Grenzen der Bundesrepublik hinaus.

5. Außerdem vereinbarten die Teilnehmer*innen bei der Rottenburger Tagung, dass die Landeshauptstadt Potsdam mit ihrem Bereich „Partizipation und Tolerantes Potsdam“ das deutschlandweite Bündnis koordiniert. Das nächste Arbeitstreffen findet im Frühjahr 2020 in Marburg statt.

Seit 2018 erklären sich immer mehr Städte und Gemeinden zu sicheren Häfen – mittlerweile sind es 100 – und fordern damit einen menschenwürdigen Umgang mit Geflüchteten. Rottenburg hatte sich im Januar der Initiative „Seebrücke“ angeschlossen und damit genauso wie die anderen Städte öffentlich und mit Nachdruck ihre Bereitschaft bekundet, aus Seenot gerettete Menschen zusätzlich aufzunehmen.“ 8.10.19, Schwarzwälder Bote



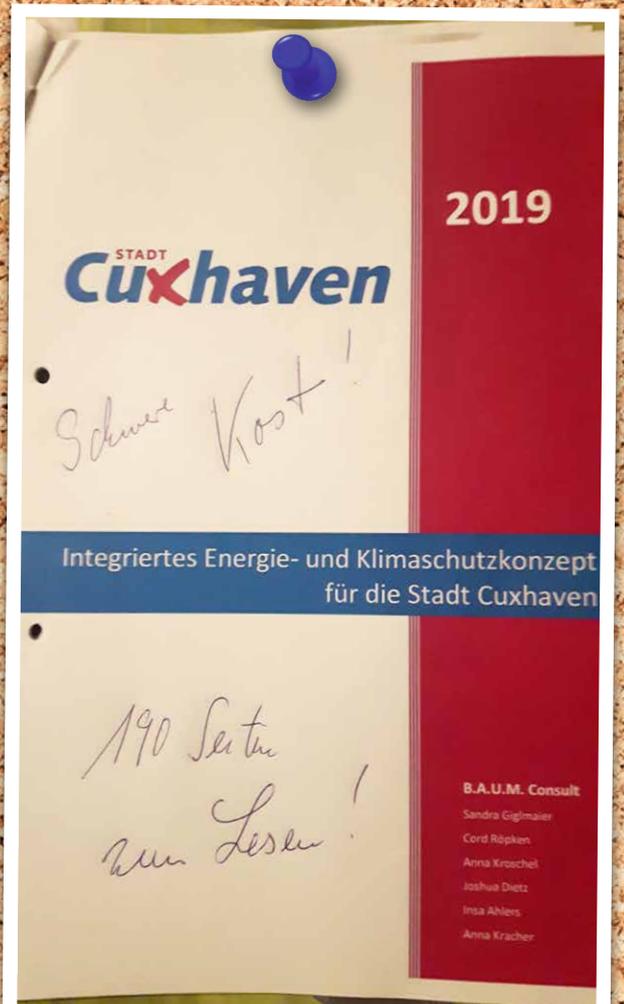
Die Türkei greift an



Der Kontakt wird gehalten:
Stefan Schmidt im August in Cuxhaven
(hier bei Plambeck), siehe auch Grüne Welle Nr. 7

MdB Stefan Schmidt (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) äußert sich zur Gewerbesteuer beim Ankauf von Übernachtungsleistungen durch Reiseveranstalter:

„Das jahrelange Bangen der Reisewirtschaft muss endlich ein Ende haben. Wir fordern, dass das Bundesfinanzministerium das Urteil des Bundesfinanzhofs vom Juli 2019 schnellstmöglich für allgemeinverbindlich erklärt und im Bundesteuerblatt veröffentlicht.“ ... und weiter: „Die Gewerbesteuer ist eine der wichtigsten Stützen der Kommunalfinanzen...“



In etlichen Workshops mit Bürger*innenbeteiligung vorbereitet, nun vom Rat der Stadt verabschiedet – das Klimaschutzkonzept